

Bombendrohungen sorgen für Schul-Evakuierungen in Wien und NÖ!

Am 26. Mai 2025 kam es in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich zu Bombendrohungen gegen Schulen, was zu Evakuierungen und Ermittlungen führte.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Am 26. Mai 2025 wurden in Niederösterreich, Oberösterreich und Wien mehrere Bombendrohungen gegen Schulen gemeldet. Diese Bedrohungen erreichten die Bildungseinrichtungen ab dem späten Sonntagabend per E-Mail. In Niederösterreich betrafen die Drohungen mehr als 20 Schulen, was zu umfassenden Sicherheitsmaßnahmen führte.

Die betroffenen Schulen wurden vorsichtshalber evakuiert, und der Schulbetrieb wurde eingestellt. Die niederösterreichische Polizei arbeitet in enger Kooperation mit der Bildungsdirektion. Sprengstoffexperten und speziell ausgebildete Hunde wurden zur Untersuchung der Gebäude eingesetzt, wobei bisher keine

gefährlichen Gegenstände gefunden wurden. Schüler, die nicht von ihren Eltern abgeholt werden konnten, wurden nach der Evakuierung betreut.

Sicherheitsmaßnahmen und Ermittlungen

In Oberösterreich konzentrierten sich die Drohungen insbesondere auf Berufsschulen, die ebenfalls evakuiert wurden. In Wien fanden gleiche Sicherheitsmaßnahmen statt, und die Polizeikräfte führten Durchsuchungen in den betroffenen Schulen durch. Auch hier wurden keine verdächtigen Objekte entdeckt.

Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet, um den Verfasser der Drohmails zu identifizieren. Dabei setzen die Behörden auch IT-Forensiker ein, um Spuren zurückzuverfolgen. Eltern wurden aufgefordert, Ruhe zu bewahren und Geduld zu zeigen, da es unklar bleibt, ob es sich um ernstzunehmende Bedrohungen oder möglicherweise um einen Fehllarm handelt. Es wurde deutlich betont, dass solche Drohungen gerichtlich strafbar sind, und die Polizei warnte ausdrücklich vor Nachahmungstätern.

Kontext und globale Perspektive

Die aktuellen Vorfälle in Österreich werfen ein Schlaglicht auf ein größeres, globales Problem. Daten zeigen, dass in den Jahren 2022 und 2023 weltweit mehr als 6.000 Angriffe auf Bildungseinrichtungen registriert wurden. Diese Angriffe richteten sich nicht nur gegen Schulen und Universitäten, sondern auch gegen Schüler/-innen, Studierende und Lehrkräfte. Die Vereinten Nationen haben den 9. September als International Day to Protect Education from Attack ausgerufen, um auf die Notlage der Kinder in Konfliktgebieten aufmerksam zu machen und das Recht auf Bildung zu schützen.

Das Recht auf Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht, das in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Ziel der globalen Nachhaltigkeitsziele der

Vereinten Nationen ist es, bis 2030 sichere und inklusive Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die aktuellen Bombendrohungen in Österreich sind ein besorgniserregendes Signal und unterstreichen die Notwendigkeit, sowohl lokal als auch global für die Sicherheit von Lernenden und Bildungseinrichtungen zu sorgen.

Details	
Vorfall	Bombendrohung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.meinbezirk.at • www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at